



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	167-2024
Vorstossart:	Motion
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.223
Eingereicht am:	12.06.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Schneider (Biel/Bienne, SVP) (Sprecher/in) Gschwend-Pieren (Lyssach/Oberburg, SVP) Fuchs (Bern, SVP)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Sicherheitsdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Auswahl

Gewalt bei der Berner Reithalle stoppen

Der Regierungsrat wird beauftragt, neben konventionellen auch unkonventionelle Überlegungen anzustellen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen bzw. dem Grossen Rat zum Beschluss vorzulegen, damit die Reithallen-Betreiber und die Stadt Bern endlich wirksam gegen Kriminalität und Gewaltakte im Umfeld der Reithalle vorgehen.

Begründung:

Erneut führten Gewaltexzesse von Linksextremisten im Umfeld der Berner Reithalle zu tätlichen Angriffen und hohen Sachschäden. Elf Angehörige der Kantonspolizei wurden Anfang Mai 2024 verletzt, drei von ihnen mussten gar kurzzeitig hospitalisiert werden. Die Täter fanden in der Reithalle Unterschlupf und konnten dort untertauchen. Erschreckend ist neben der Gewaltbereitschaft der Täterschaft auch die Reaktion von Seiten der Reithallen-Betreiber. In einem Statement mochten sich diese nur indirekt von den Gewaltakten distanzieren. Und auch die Stadt Bern als Eigentümerin der Liegenschaft scheint nicht gewillt zu sein, die unhaltbaren Zustände endlich zu beenden oder schon nur einzudämmen.

In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage im Berner Stadtparlament äusserte sich der Gemeinderat wiederholt gegen eine Videoüberwachung auf der Schützenmatte. Neben Attacken auf Vertreter von Blaulichtorganisationen gehören in diesem Perimeter mittlerweile Drogenhandel und auch sexuelle Übergriffe zum Alltag. Die hohe Anzahl an Personen- und Sachschäden machen deutlich, dass der aktuelle Zustand nicht mehr toleriert werden kann und endlich Handlung erfordert ist. Wo die städtischen Behörden Passivität zeigen, ist es Auftrag des Kantons, Recht und Sicherheit durchzusetzen.

Verteiler

– Grosser Rat